



SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG FÜR DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE
SWISS HELSINKI COMMITTEE FOR DEMOCRACY, RULE OF LAW AND HUMAN RIGHTS

Rundbrief

Oktober 2012

EIN RÜCKBLICK ZUM JUGENDSEMINAR „LIVING DEMOCRACY - TOGETHER“
VOM 12.-15. JULI 2012 IN KAPPEL AM ALBIS

Das Jugendseminar zum Thema „Living Democracy - Together“ im Juli dieses Jahres in Kappel – konzipiert als Fortsetzung des Seminars in Jajce/Bosnien und Herzegowina im Sommer 2011 – war wiederum ein Erfolg und hat, so denken wir, die rund zwanzig Jugendlichen aus allen Teilen Bosnien und Herzegowinas in ihren Überlegungen, wie ihr Land sich in Fragen der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte entwickeln kann, um einen Schritt weiter gebracht.



Kloster Kappel

So waren die Diskussionen zu Beginn mit dem Journalisten Dani Winter, dann in den Workshops und am letzten Tag zusätzlich mit Nationalrat Andreas Gross angeregt bis hitzig und letztlich fruchtbar für alle. Pfannenfertige Lösungen für Probleme, die seit zwanzig Jahren und im Grunde natürlich schon viel länger anstehen, waren allerdings auch diesmal nicht zu erwarten.

Bedauerlich ist, dass im Gegensatz zu früheren Seminaren diesmal nicht so viele schweizerische Jugendliche nach Kappel kamen, wie wir ursprünglich erwartet hatten. Angeblich lag der Termin ungünstig, indem schon etliche Studenten zu ihren Auslandsreisen während der Semesterferien aufgebrochen waren und andere mitten in Prüfungsvorbereitungen steckten. So wurden den jungen Bos-

nierinnen und Bosniern die Möglichkeiten zu weiterer Vernetzung mit Gleichaltrigen aus unserem Lande weitgehend versagt. Auf Seiten der bosnischen Jugendlichen hatten wir auch fünf Journalistinnen und Journalisten von SENZOR eingeladen, damit die jungen Mitarbeitenden der von uns unterstützten Zeitschrift die Schweiz kennen lernen und – als wichtiges Element für ihre Arbeit – mehr über die Rolle der Medien in einer demokratischen Gesellschaft erfahren konnten.

Ein **Ausflug nach Zug**, die Begegnung mit Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, die Besichtigung des geschichtsträchtigen Parlaments des Kantons Zug, ein Spaziergang durch die Altstadt und ein Abendessen am See haben den Mangel an direkten Begegnungen mit schweizerischen Jugendlichen wenigstens ein bisschen wettgemacht. Regierungsrätin Weichelt hat es verstanden, mit einer spannenden Schilderung der Regierungs- und Parlamentsarbeit in einem Kanton, d.h. einem Gliedstaat im föderalistischen System der Schweiz, aber auch ihrer Stellung als einzige Frau und Angehörige der Grünen Partei in einer sonst männlichen und bürgerlichen Kantonsregierung, die Hochachtung der jungen Gäste zu gewinnen. Dass Kantone im Gegensatz zu Bosnien und Herzegowina viel eigene Entscheidungsfreiheit haben und sich dennoch als Teil des Ganzen verstehen, hat sie ebenso beeindruckt wie die Tatsache, dass eine Regierung aus Vertretern von Parteien mit unterschiedlichen Grundhaltungen und Zielsetzungen zusammengesetzt ist und funktioniert.

Auch der Auftritt am ersten Abend von **Dani Winter, Redaktor der TagesWoche**, der diese neue Zeitung aus Basel als moderne Mischung von Print- und Online-Medium vorstellte, fand die Aufmerksamkeit unserer Gäste. Wie in Basel versucht wird, der einzigen Tageszeitung im Stadtkanton mit relativ begrenzten Finanzen eine Alternative gegenüberzustellen, vor allem aber der neue technische Ansatz, stiess auf grosses Interesse. Die lebhafteste Diskussion zeigte den hohen Informationsstand der bosnischen Jugendlichen im Internetbereich und ihre Neugier für neue Kommunikationsformen. Rückmeldungen deuteten an, man könnte auf ähnliche Weise wie die TagesWoche ohne allzu grosse finanzielle Mittel zum Beispiel eine Universitätszeitung mit einem Online-Diskussionsforum auf die Beine stellen.

Nationalrat Andreas Gross, der zurzeit im Auftrag des Europarats in Bosnien und Herzegowina tätig ist, hielt am Ende des Seminars das abschliessende

Referat. Zwar hatte er sich die Berichte aus den Workshops im Schlussplenum aufmerksam angehört.



Andreas Gross, Nationalrat

Dennoch war es frappant, dass er den Finger auf die gleichen Schwachstellen legte, die auch die Jugendlichen aufgezeigt hatten. Die Resignation über die Tatsache, dass das Leben von Weisungen von oben bestimmt wird, muss durchbrochen werden durch die Einsicht, dass es in der Demokratie auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und die Mitbestimmung von unten nach oben ankommt.

Genau aus diesem Grund war es uns bei der Bearbeitung unseres Themas wichtig, die Debatten gezielter auszurichten auf die Rolle der aktiven Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Alltag und die Rolle freier Medien als Brücke zwischen dem Volk und der Politik, hier namentlich Regierung und Parlament. So wurde nur in **zwei Workshops** gearbeitet (vgl. die beiden folgenden Berichte) und wurden bewusst „grenzüberschreitende“ Themen aufgenommen. In beiden Workshops zeigte sich denn auch, dass die Jugendlichen besser als vor einem Jahr erkannten, dass sie nicht nur auf Reformen im Lande und damit auf eine Verbesserung ihrer Zukunftschancen warten können, sondern dass in einer Demokratie alle Menschen gefordert sind, bereits auf Gemeindeebene an der Gestaltung ihrer Gegenwart und Zukunft teilzunehmen, mit gegenseitigem Respekt, ohne Unterscheidung des Herkommens, des Alters, der Sprache und Religion, unter Einbindung vor allem auch der Minderheiten. Von der Gemeindepolitik gehen wichtige Impulse aus, die auch die gesamtstaatliche Politik beeinflussen.

Diese Erkenntnis, dass es den friedlichen Einsatz aller Mitglieder einer Gesellschaft braucht, um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen, als Basis für ein Regierungssystem, das nicht nur von oben nach unten Weisungen erteilt, sondern auch und in erster Linie von unten nach oben funktioniert,

sollte unseres Erachtens noch weiter vertieft werden. Es waren die Jugendlichen selbst, die sich im Zuge der Diskussionen in diesem Sinne äusserten und sich ein weiteres Seminar in Bosnien und Herzegowina wünschten, das dieser Thematik gewidmet sein sollte. Wir hoffen, ihnen diesen Wunsch erfüllen zu können und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit diesen mutigen und engagierten jungen Menschen aus einem Land, das immer noch von den Folgen des Krieges der neunziger Jahre geprägt ist, für den sie selber nicht verantwortlich sind.

Mein Dank geht an Frau Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard für ihre Gastfreundschaft in Zug, sowie an alle Teilnehmenden am Seminar, insbesondere an die beiden Referenten Nationalrat Andreas Gross und Dani Winter, an die Co-Leiter der Workshops Malcolm MacLaren und Nedim Hovic

sowie Hanspeter Spörri und Seid Muslic, an Dana Antoniadis, die uns vor und während des Seminars mit Übersetzungen und administrativer Hilfe unterstützte. Schliesslich danke ich ganz speziell unserem Sekretariat in Lenzburg, Karin Büchli und Sandra Aebischer Lang, die sich unermüdlich um die Vorbereitung des Seminars kümmerten und uns mit Rat und Tat zur Seite standen.

Dass wir dieses Seminar finanzieren konnten, verdanken wir unsern treuen Spendern und Sponsoren, insbesondere der Ebnet-Stiftung, die mit ihrem namhaften Beitrag die Abhaltung erst definitiv sicherte. Wir schätzen uns glücklich, dass unsere Arbeit immer wieder auf diese grosszügige Weise anerkannt wird.

Dr. iur. Marianne von Grünigen
Präsidentin der SHV

ÜBER MEDIEN, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE AUF DEM BODEN DER WUNDERSCHÖNEN SCHWEIZ

Eindrücke des Jugendseminars in Kappel aus der Sicht von SENZOR

Als Fortsetzung der letztjährigen Konferenz in Jajce "Unser Land - unsere Gesellschaft - unser Weg", die von über 50 Teilnehmern aus Bosnien und Herzegowina und der Schweiz besucht wurde, folgte am 11. Juli ein Treffen in der Schweiz. Die Schweizerische Helsinki Vereinigung organisierte die Versammlung diesmal in dem kleinen Dorf Kappel am Albis zu den Themen Medien, Demokratie und Menschenrechte mit Fokus auf Bosnien und Herzegowina.

Die Konferenz wurde vom 12. Juli bis zum 15. Juli abgehalten und in zwei Workshops unterteilt: "Menschenrechte und Demokratie" und "Medien und Demokratie". Durch die Fokussierung auf Bosnien und Herzegowina war die Diskussion schwierig, zugleich aber sehr interessant. Wir sollten nicht vergessen, dass Bosnien und Herzegowina ein Land ist, in dem täglich die Menschenrechte verletzt werden, wo die Demokratie nur in geringem Umfang vorhanden ist, und die Medien weitestgehend durch kriminelle politische Parteien manipuliert werden. Die Aufgabe des Workshops war es, die aktuelle Situation im Land Bosnien und Herzegowina zu analysieren und zu versuchen, mögliche Lösungen für die mehr als schwierige Situation zu finden - zumindest bezüglich der oben genannten Themen.

«Aber wie findet man **Lösungen** für ein Land, dessen Bevölkerung selbst 17 Jahre nach dem Krieg seine eigene Existenz abstreitet?», fragten sich die Jugendlichen in der Zukunfts-Werkstatt.

«Wie und in welcher Weise wehrt man sich gegen die politische Hochburg der Unterwelt, die Gesetze nach ihrem Geschmack, nicht etwa zum Nutzen der Bevölkerung, maßschneidert?» «Ihre eigenen Interessen schützend, steht die Hälfte der Bevölkerung am Rande der Hungersnot.» Auf all solche Fragen versuchten die Jugendlichen verzweifelt Antworten zu finden, die wenigstens zu einer kleinen Veränderung im hoffnungslosen Alltag führen können. Interessant ist auch die Tatsache, dass die Workshops von jungen Mitgliedern aller drei Mehrheiten (Muslime, Katholiken und Orthodoxe) der Menschen in Bosnien und Herzegowina besucht wurden. Man erkannte die gleichen Probleme und erarbeitete eine gemeinsame Lösung.

Die jungen Menschen aus Bosnien und Herzegowina sind der Schweizerischen Helsinki Vereinigung und Frau Marianne von Grünigen sehr dankbar, die es ihnen erlaubten, an einem Workshop dieser Art in der Schweiz teilzunehmen; ein Land, welches ausgenommen seiner natürlichen Schönheit nicht mit Bosnien zu vergleichen ist. Während der Konferenz hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, das Regierungs- und Parlamentsgebäude des Kantons Zug zu besuchen, wo sie auf freundliche Gastgeber trafen. Das Bauwerk ist nicht nur geschichtlich sehr relevant für die Stadt, sondern auch heute noch der Platz, wo wichtige Entscheidungen getroffen werden. Leider schwingt aber auch der Gedanke an den Vorfall am 27. September 2001 mit, bei welchem

14 Politiker des Kantons getötet wurden. Zug ist der reichste Schweizer Kanton mit einem jährlichen Budget von 1,63 Milliarden Franken, was etwa 2,6 Milliarden KM (konvertible Mark) entspricht, über eine Milliarde KM mehr als das gesamte Budget der Föderation von Bosnien und Herzegowina im Jahr 2012 (etwa 1,5 Milliarden KM).

Zahlen, von denen die Bürger von BiH nur träumen können. Aber auch wenn dieser Traum wahr würde, hätten die Bürger sicherlich keinen großen Nutzen daraus, da das Geld auf privaten Konten unserer "fairen und demokratischen" Politiker versickern würde.

Schon zu Beginn der Konferenz hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, eine interessante Präsentation von Dani Winter, Redaktor der Zeitung TagesWoche, zu erleben; am letzten Tag hielt Nationalrat Andreas Gross, Mitglied des Schweizer Parlaments und der Schweizer Delegation beim Europarat, ein Referat. Es gab die Möglichkeit, dem Politiker Fragen zu stellen und mit ihm über die Schweizer Politik zu diskutieren.

Atemberaubende Natur, freundliche Gastgeber, gute Gesellschaft und hochinteressante Workshopthemen haben die Reise in die Schweiz unvergesslich gemacht. Die Jugendlichen bereuen ihre lange Reise von über insgesamt 34 Stunden also nicht und hoffen auch auf zukünftige Zusammenarbeit und ein Treffen mit ihren Schweizer Freunden.

Die Jugendlichen sind die Politiker der Zukunft; Menschen, die Bosnien und Herzegowina in ein besseres "Morgen" führen können. Gerade deshalb sind die Bemühungen der Schweizerischen Helsinki Vereinigung, Konferenzen und Seminare dieser Art zu organisieren, bei welchen Vorurteile abgebaut werden können und ein gesunder, aufgeschlossener Geist geformt werden kann, von so großer Bedeutung und von unschätzbarem Wert.

Einen großen Dank an Frau Marianne von Grünigen und an alle Mitglieder der Schweizerischen Helsinki Vereinigung, welche es ermöglicht haben, ein derartiges Treffen stattfinden zu lassen, welche aber auch viele andere Projekte für ein besseres Morgen in Bosnien und Herzegowina voranbringen.

Amra Agić, Editor des Magazins Senzor



WORKSHOP 1 – MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE

Es gibt doch einen ‚Balkan‘ mit Mut und Zuversicht. Trotz des bewaffneten Kriegs in ihrem multiethnischen Land in den 90er Jahren, der Fortsetzung politischer Konflikte, und der Staatskrise heutzutage versuchen viele BosnierInnen, zu einem harmonischen und gerechten Zusammenleben in ihrem Land beizutragen. Beispielhaft waren die 9 jungen BosnierInnen im ‚Human Rights and Democracy‘-Workshop, die bereits entweder für dortige Nichtregierungsorganisationen und/oder in der Kommunalpolitik aktiv waren. Ihnen werden wegen der unsicheren politischen (und wirtschaftlichen) Zukunft von BiH wenig Zukunftsperspektiven geboten, aber sie spielen – im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Gleichaltrigen – nicht mit dem Gedanken, auszuwandern. Sie wollen eine bessere Gegenwart und Zukunft im eigenen Land mitgestalten. In solchem ‚sozialen Kapital‘ befindet sich

erhebliches Potential für Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz in BiH.



Dementsprechend war das **Hauptziel** des Workshops, sich mit Anliegen der Teilnehmenden auseinanderzusetzen und ihre Bemühungen zu unterstützen. Der bosnische Jurist Nedim Hovic (Law

Institute in BiH, Sarajevo) und ich wollten **Sachkenntnisse, Perspektiven, und Optionen** vermitteln, die die engagierten Jugendlichen in ihrem aktuellen Umfeld ein- und umsetzen können. In diesem Jahr lag unser Schwerpunkt mehr auf der Rolle der aktiven BürgerIn im Alltag als auf der Staatsverfassung als Instrument für die Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten. Während der zwei Tage des Seminars diskutierten wir mit den Teilnehmenden darüber, wie der Zustand der Demokratie in einem Rechtsstaat letzten Endes vom Staatsvolk abhängt, welches sich am Gemeinwohl orientiert und sich dafür im politischen Leben einsetzt, sowie darüber, was Demokratie in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen bedeutet und welche Möglichkeiten für konstruktives individuelles und kollektives Engagement erfolgsversprechend sein könnten.



Für die einzelnen Workshopssessions wählten Nedim und ich bestimmte demokratische und menschenrechtliche Anliegen und Fälle von BiH (und der Schweiz) aus, die relevant für die Teilnehmenden in ihrem Umfeld sind. Drei Fragen standen im Vordergrund:

- Wir wiesen auf die **Diskriminierung** hin, die insbesondere zwischen BosnierInnen und SerbInnen in BiH herrscht. Beispielhaft ist die übliche, besorgniserregende Segregation in den Schulen. (Der Ausgangspunkt war das erste Urteil, das im April 2012 in Mostar aufgrund einer Klage der Menschenrechtsorganisation Vasa Prava – Deine Rechte – gefallen ist, und zwar gegen die ethnische Trennung von Kindern (two schools under one roof) gemäss des neuen Diskriminierungsverbotes in BiH.)

- **Gleichstellung** in der BiH-Bevölkerung wurde anhand des *Sejdić and Finci v. Bosnia and Herzegovina*-Entscheids des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte behandelt. (Im Dezember 2009 erklärte das Strassburger Gericht die verfassungsrechtlichen Einschränkungen des passiven Wahlrechts der ethnischen Gruppen, die nicht zu den

drei ‚staatskonstituierenden Gruppen‘ gehören, als Verstoss gegen die Gleichstellung.)



- Wegen dieses Verstosses allein braucht die BiH-Verfassung grundlegende **Reformen**, aber dazu kommt die schwierige Frage der politischen Aufteilung von BiH. Die Workshopleiter und -teilnehmenden setzten sich mit einigen damit verbundenen Problemen auseinander. (Die sog. Kantonalisierung wird grösstenteils von den BürgerInnen nicht verstanden, weil man an Zentralismus gewöhnt ist; die Autonomie der Entitäten führt ins Absurde; und das politische System als Ganzes bewirkt ‚kleines Denken‘ und intergouvernementale Streite.)

Zur Behandlung dieser drei Fragen diente die Schweiz wie im Vorjahr als Bezugspunkt; Anliegen und Fälle hierzulande boten eine vergleichende Perspektive an. Insbesondere erwiesen sich die neuere Stimmungsmache gegen Asylsuchende, Flüchtlinge, Roma, *Sans-Papiers* u.Ä. sowie die weitbekannte Annahme der fremdenfeindlichen Minarette-Initiative als einsichtsstiftend und erweiterten die Perspektiven der bosnischen Teilnehmenden deutlich. Diese Debatten und Erfahrungen zeigten u.a., dass ein gewisses Spannungsverhältnis in einem demokratischen Rechtsstaat (und noch mehr in einem mit partizipatorischen Zügen) immanent ist sowie dass die Verwirklichung beider Ideale, Demokratie und Menschenrechte, überall eine andauernde Herausforderung darstellt,

und dass kein Land sich selbstzufrieden bezüglich seines Zustands geben sollte.

Im Gegensatz zu den meisten ihrer Repräsentanten verhielten sich die Teilnehmenden, die aus sowohl der bosniakisch-kroatischen Föderation als auch der serbischen Republika kamen, offen und tolerant gegenüber zwischenethnischem Dialog über heikle Anliegen, was – wenn auch nicht ganz reibungslos – eine lebhaft Auseinandersetzung und eine produktive Zusammenarbeit ermöglichte. Die Teilnehmenden kamen dabei zu den folgenden Schlussfolgerungen:

- dass es eine gemeinsame – wenn auch zur Zeit schwache – bosnische **Identität** im Lande gebe (bestehend aus einer ähnlichen Sprache, einem gegenseitigen Respekt für Religion, gleichen kulturellen Gewohnheiten, und einem kollektiven Schicksal), welcher einzelne ethnische Identitäten untergeordnet seien, und welche durch gesellschaftlichen Aktivismus bis zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl und politischen Bewusstsein entwickelt werden könne. Ein geeinigtes Land mit einer oktroyierten Identität (wie viele BosniakerInnen es möchten) könne es aber realistisch nicht geben;

- dass es den Jugendlichen wichtig sei, den Ansatz von **Segregation** im Dayton-Abkommen zu beenden. Genauer gesagt, müssen entweder ‚citizens schools‘ wie in Jajce oder nationale Lehrpläne wie in Brčko gegen Diskriminierung in den Schulen eingerichtet und die Menschenrechte aller Gruppen im politischen System richtig geschützt werden. Das Vaša Práva-Urteil und der Sejdić-Entscheid stellten Verpflichtungen, die so bald wie möglich zu erfüllen seien, sowie eine Mahnung dar, dass die effiziente und effektive Umsetzung von allen adoptierten Regeln eine Voraussetzung für die Verankerung der Rechtsstaatlichkeit sei;

- dass die **territoriale Aufteilung** von BiH heute offensichtlich keine unpraktikable Lösung sei – d.h. geeignet für Friedenssicherung damals, aber nicht mehr für die Fortentwicklung des Landes. Das einzigartige Arrangement werde jedoch von der politischen Realität diktiert und sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Wenn überhaupt, soll eine Reform der Föderation statt des politischen Systems als Ganzes angestrebt werden: die Föderation sei zu bürokratisch und langsam in ihrer Arbeit und nehme zu wenig Rücksicht auf kroatische Interessen;

- dass eine richtig funktionierende **Demokratie** das Bewusstsein von BürgerInnen über ihre ‚positi-

ve Macht‘ und deren Einsatz von BürgerInnen für die Demokratieförderung (v.a. gegen die überwiegende Kontrolle der Politik durch Parteien und Persönlichkeiten) brauche, sowie dass partizipatorische Züge von alleine höhere Niveaus von politischem Engagement in einer Bevölkerung veranlassen würden. Trotzdem sei es noch nicht erstrebenswert, mehr Partizipation in bosnischen Entscheidungsprozessen zu gestalten: die möglichen Gefahren überwiegen gegenüber den daraus entstehenden Chancen. Direkte Demokratie setze eine hohe Bildung, verantwortungsvolle politische FührerInnen und einen echten gesellschaftlichen Dialog voraus, (welche jeweils in BiH heutzutage grösstenteils fehlen) damit sie nicht zu Menschenrechtsverletzungen führe.



- dass die **Zukunft** des Landes geeinigt in der Europäischen Union liege. Allerdings stellten die Teilnehmenden auch fest, dass man nicht einfach auf die EU warten soll: ihre Entscheidungen über Beitritt tendieren dazu, improvisatorisch und politisch zu sein; die dafür notwendigen Reformen seien für sich genommen wünschenswert; und diese sollen von innen, nicht von aussen, kommen, um nachhaltig zu sein. (Dadurch würde sich auch die oft erörterte Frage der künftigen Rolle des Hohen Repräsentanten von selbst lösen.);

- und schliesslich, dass das gemeinsam anzustrebende Ideal in der Politik die **Integration** aller Betroffenen, Meinungsfreiheit und -vielfalt, sowie angemessene und konsensorientierte ‚Deliberation‘ in der Öffentlichkeit sein soll. So lassen sich zwischenethnische sowie weitere politische Konflikte, die nicht zu vermeiden seien, am besten überwinden.

Ein konkretes, zukunftsorientiertes, und öffentliches **Endergebnis** für Umsetzung nach dem Seminar wurde auch im diesjährigen Workshop erzielt. Durch ihre Teilnahme möchten die Jugendlichen nicht nur lernen, sondern auch die Lehren weitergeben und anwenden, d.h. nach der Heimkehr ihre Ideen über Demokratieförderung und Menschen-

rechtsschutz mit anderen teilen, um einen ‚Multiplikatoreffekt‘ zu bewirken. Übereinstimmend entschieden sie, dass die Priorität weiterer Mitarbeit mit der SHV die Demokratisierung der Politik in den eigenen Städten und Dörfern sein soll. Deren Ziele wären, die Bevölkerung (aber insbes. Jugendliche) politisch zu mobilisieren und, wo die Bevölkerung in einer Kommune ethnisch gemischt sei, diese zur Zusammenarbeit zu bringen, sowie Kontakte zwischen Kommunen in und über die Entitäten aufzubauen. Dabei könnten zudem die Transparenz der Regierungsarbeit und die Hilfsbereitschaft der Behörden in der Kommunalpolitik deutlich verbessert werden. (Wie ein Teilnehmender schön formulierte: „it is easier today to talk to Obama than to the mayor“.) Ein Versuch an Demokratisierung ‚from the bottom up‘ wurde von allen im Workshop als nah an der alltäglichen Realität,

wirksam in seinen Effekten, und vielversprechend in den aktuellen Verwirklichungschancen betrachtet.

Die Co-Leiter und Teilnehmenden hoffen sehr, dass das Kappeler Seminar auf die eine oder andere Art und Weise fortgesetzt werden kann, um auf diese Schlussfolgerungen und noch mehr, dieses Endergebnis des Workshops aufzubauen sowie den andauernden Dialog mit und zwischen BosnierInnen zu vertiefen. Die Jugendlichen und das Land BiH stehen nämlich vor Schicksalsfragen über ihr Leben bzw. ihre Existenz.

Malcolm MacLaren
Co-Leiter Workshop 1

Habilitand
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich



WORKSHOP 2 – MEDIEN UND DEMOKRATIE

Um **Probleme** zu lösen, muss man sie **erkennen**. Und wie sind sie zu erkennen? Vielleicht anhand einer Zeichnung, hofften wir, die beiden Co-Leiter des Medienworkshops, Seid Muslic, Medienfachmann aus Sarajevo, und Hanspeter Spörri, Journalist aus der Schweiz.

Wir zeigen den jungen Journalistinnen und Journalisten aus Bosnien-Herzegowina jedenfalls zunächst eine bildliche Darstellung der **Schweizer Medienlandschaft**: Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiostationen als Gebirge, die grossen Tageszeitungen in Form mächtiger Berge, die politische Debatte gespiesen aus den unterschiedlich breiten und tiefen Nachrichtenflüssen, die sich in die Täler ergiessen (siehe linke Spalte). Danach war es an den Jugendlichen, die Medienlandschaft ihres eigenen Landes zu zeichnen.

Zunächst herrschte **Ratlosigkeit**. «Es gibt bei uns keine Medienlandschaft.» Nach heftigen Diskussionen entstand schliesslich doch ein Bild: Ein Gebirge mit einem einzigen Gipfel: «Von hier aus wird

alles kontrolliert. Der Gipfel verkörpert die Politik. Die Wolke neben dem Gipfel ist unbedeutend. Sie stellt die Regierung dar.»

Unterhalb des einsamen Hauptgipfels symbolisieren niedrigere felsige Nebengipfel die politischen Parteien. «Sie sind die Zuträger der Politik, sie gehören zum System, aber sie sind vor allem Organisationen jener, die von der Politik profitieren.»

Erst in tieferen Regionen, im Vorgebirge, sind die eigentlichen Medien angesiedelt: Ausladend der Hügelzug des Fernsehens, kleiner die Erhebung für das Radio, je ein auffälliger Hügel für den Sport und das Marketing. Das Hügelchen für die Zeitungen nimmt sich daneben unbedeutend aus: «Das ist die Realität. Die Leute lesen kaum Zeitungen – oder nur Ramschblätter.» Am Rand des Bildes markiert eine kleine Erhebung das Internet. Seine Rolle ist unklar. Ein breiter Nachrichtenstrom, der sichtbar unterhalb des «Politik»-Gipfels entspringt, ergiesst sich vorbei an Parteien und Medien ins Tal. An seinen Ufern stehen in der Ebene Bäume:

«Das ist das Volk. Das sind wir. Wir nehmen auf, was von oben kommt, ohne darauf einen Einfluss zu haben.»



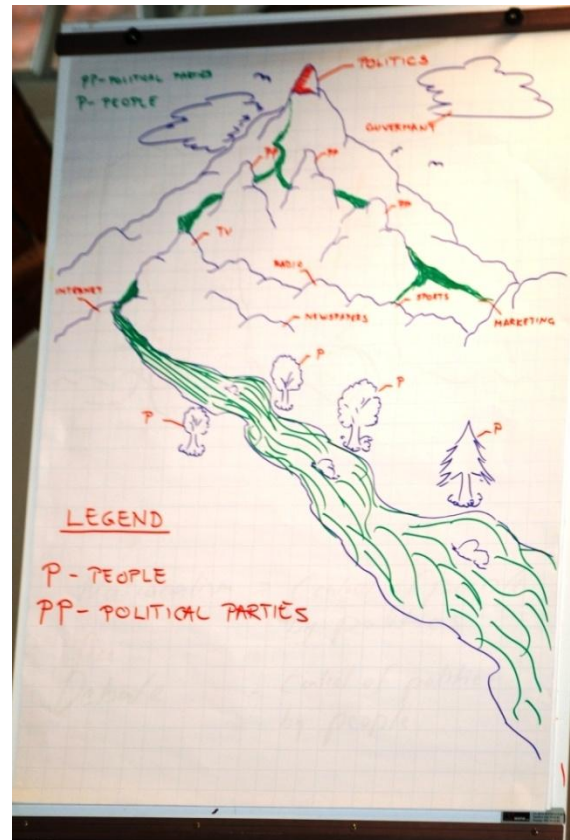
Darstellung der Schweizer Medienlandschaft

Meinungsvielfalt, Debattierkultur? «Gibt es bei uns nicht. Aber sehen Sie die einzelnen Vögel am Himmel? Die sehen mehr. Die wissen mehr. Aber es sind wenige. Und sie sagen nicht, was sie wissen.»

Das alles klinge in unseren Ohren wohl ziemlich resigniert, vermuten die jungen Leute. Einer will dann uns, die Workshop-Leiter, etwas aufmuntern, zeichnet einen Felsblock im Ozean, an dem die Wellen nagen. Erste Risse sind sichtbar. «Bis diese Risse das ganze zum Einsturz bringen, dauert es noch eine ganze Weile. Hundert Jahre vermutlich.» Die jungen Leute sind grundsätzlich mit uns einverstanden: Freie Debatten sind nötig, wären unverzichtbar für eine demokratische Entwicklung. «Aber es gibt keine Debatten. Denn das ist genau das, was die Politik, dieses System an der Spitze der Gesellschaft, fürchtet. Man will keine Debatten, weil diese die Kontrolle der Politik durch das Volk ermöglichen würden. Lieber will die Politik das Volk kontrollieren.»

Als Workshopleiter versuchen wir die Diskussion von den Problemen weg und hin zu Lösungen zu bewegen. Die jungen Leute, wissen wir, haben sehr wohl eine Ahnung, was Journalismus in einer de-

mokratischen Gesellschaft leisten kann und leisten muss. Das haben sie im Workshop gezeigt, der vor Jahresfrist in der bosnischen Stadt Jajce stattfand.



So sehen die Teilnehmenden die Medienlandschaft in ihrem Land.

Schliesslich entscheiden sie sich unter etwas Druck für **drei Ziele**:

1. Bildung: Wenn die Leute nichts wissen über die Geschichte und nur Vorurteile im Kopf haben, wenn sie keine Idee der Freiheit, keine Vorstellung von politischer Verantwortung haben, dann kann sich auch nichts ändern. Der Schlüssel ist also in der Bildung zu suchen.

2. Kommunikation in zwei Richtungen: «Wir müssen den Fluss dazu bringen, aufwärts zu fließen. Wir müssen erreichen, dass die Leute gehört werden. Das ist die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten: Wir müssen den Menschen im Land eine Stimme geben. Wir müssen erzählen von ihren Nöten und Sorgen.»

3. Öffentliche Debatte: «Wir müssen darauf hinarbeiten, dass unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck kommen, dass Probleme von verschiedenen Seiten beleuchtet werden. Nur so entsteht das, was für eine Demokratie lebenswichtig ist: Transparenz. »

Eine Exkursion führt die jungen Leute in die Stadt Zug. Und hier wundern sie sich vor allem über die Zahlen: Der kleinste Kanton der Schweiz verfügt über ein Budget, das grösser ist als jenes der ganzen Föderation von Bosnien-Herzegowina. Beeindruckt sind sie auch von der Nähe zwischen Volk und Volksvertretern, zwischen Volk und Regierung. «In der Theorie kann dieses politische System eigentlich nicht funktionieren», wirft ein bosnischer Workshopteilnehmer ein: «Das Volk wählt das Parlament. Es wählt auch die Regierung. Das Parlament kann die Regierung nicht entlassen und die Regierung kann das Parlament nicht auflösen. So müsste es eigentlich über kurz oder lang zu einer

Blockade kommen. Können Sie mir erklären, warum das nicht passiert.»

Wir können es nicht wirklich erklären, sprechen über politische Kultur und politische Transparenz – und wissen, dass auch in der Schweiz nicht alles zum besten steht: «Das wissen wir», antworten Workshopteilnehmende: «Aber hier kann man das formulieren und muss nicht mit Konsequenzen rechnen.»

Hanspeter Spörri
Co-Leiter Workshop 2
Journalist



NEUTRALITÄT IM SINNE VON BLOCKFREIHEIT: IN DER UKRAINE HEISS UMSTRITTEN

Die Ukraine interessiert sich für Neutralitätskonzepte

Am 12. September feierte die Schweizer Botschaft in Kiyv mit einem vielbeachteten Abendempfang ihr zwanzigjähriges Bestehen. Am gleichen Tag hatte – ebenfalls in Kiyv – ein internationales Forum über die Frage der ukrainischen Blockfreiheit stattgefunden.

An diesem Treffen durfte ich ein Referat über das Schweizerische Neutralitätsverständnis halten. Dabei versuchte ich, den Neutralitätsgedanken als ein Prinzip der schweizerischen Aussenpolitik darzustellen, als ein Prinzip allerdings, welches bestimmte Variationen zulässt, ohne je den Kerngehalt einer dauernden und bewaffneten Neutralität aufzugeben. Unser Kleinstaat begreift jedoch die Neutralität nicht als Selbstzweck, sondern als Instrument zur Wahrung seiner Unabhängigkeit. (Vgl. Bundesverfassung Artikel 173 und 185)

In kriegerischen Zeiten war die Schweiz bereit, bündnisfrei diese Unabhängigkeit auch militärisch zu verteidigen und in Friedenszeiten kann sich unser Land durch eine aktive, solidarische und kooperative Neutralität auch internationale Achtung verschaffen: sie hat durch ein solches Verhal-

ten jedenfalls einen beachtlichen Bonus des Vertrauens aufgebaut.

Diese Vertrauenswürdigkeit hat bei verschiedenen Gelegenheiten dazu geführt, dass Konfliktparteien die guten Dienste der schweizerischen Diplomatie nachgefragt haben.

Auch wenn der **variable Neutralitätsbegriff** mit seinen Spielarten der integralen und der differenziellen Neutralität bei konkreten Anwendungen auf neue Situationen verschiedentlich zu Polarisierungen geführt hat, so stellt er dennoch ein Element unter anderen des schweizerischen Identitätsverständnisses dar und kann zugleich als eine taugliche Orientierungshilfe für eine pragmatische Aussenpolitik bezeichnet werden, welche die Unabhängigkeit in den Vordergrund stellt, ohne das

Land in die Gefahrenzone des Isolationismus zu führen.

Mit Referaten von anderen neutralen Staaten wie Finnland, Österreich und Schweden wurden den Tagungsteilnehmern weitere Neutralitätskonzepte präsentiert, die mir persönlich deutlich machten, dass unsere neutral ausgerichtete Aussenpolitik ihren Kooperationspielraum insbesondere im Bereich von UNO-Missionen bei weitem noch nicht ausgeschöpft hat.

In der Ukraine wird die Blockfreiheit kontrovers diskutiert.

Beim Anhören der zum Teil sehr emotional vorgebrachten Referate von ukrainischen Rednern aus Politik und Diplomatie konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass unter den Opinionleadern dieses Landes im Hinblick auf eine grundsätzliche Ausrichtung nach Ost oder nach West oder bezüglich eines Dazwischen grosse Meinungsunterschiede bestehen, welche vor allem die Sicherheits-, aber auch die Aussen-respektive die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betreffen. Plakatativ könnte man formulieren: die Ukraine schwankt zwischen West und Ost.

Im Juni 2010 wurde vom ukrainischen Parlament eine blockfreie Aussenpolitik beschlossen, ohne dass eine öffentliche Debatte stattgefunden hätte. Da erstaunt es nicht, dass es um die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Politik der Blockfreiheit nicht eben gut bestellt ist.

Die Position, welche von westlich orientierten Rednern vertreten wurde, sieht im heutigen blockfreien Status die Gefahr, dass die Ukraine an Bedeutung verliere und damit vermehrt zurückdrifte in die Einflussphäre von Moskau.

Auch wurde vom ehemaligen Aussenminister die Befürchtung geäussert, die Ukraine könnte in einem Konfliktfall mit ihrer unterfinanzierten Armee allein gelassen werden. Zudem formulierte der prominente Alt-Politiker zwei Aufrufe, den einen in Richtung EU, von der er zweierlei forderte: eine vermehrte Hinwendung zu Werten und eine dezidiertere Haltung Russland gegenüber, demgegenüber man fähig sein müsse, auch einmal Nein zu sagen. Von seinem eigenen Land forderte er, durch vermehrte Debatten zu klären, was man eigentlich wolle. Eine klarere Position der Ukraine gegenüber erwartet er auch seitens der EU.

Damit die angedeuteten Gefahren gebannt werden können, wurde immer wieder auf zwei Möglichkeiten hingewiesen: auf den NATO-Beitritt und damit

auf die Aufgabe der Blockfreiheit einerseits sowie auf den Aufbau einer stärkeren ukrainische Armee andererseits.

Demgegenüber betonten Anhänger des heutigen Präsidenten Janukowitsch die grossen Vorteile der Blockfreiheit: man könne mit den verschiedensten Partnern pragmatische, aber stabile Beziehungen aufbauen und auch wirtschaftlich seien die Handelsbilanzen mit Russland und mit der EU durchaus erfreulich.

Die andere Seite dagegen stellte fest, dass ausländische Investoren das Land verliessen und dass der Handel mit Russland bereits während der Präsidentschaft von Yushchenko eine zunehmend positive Bilanz lieferte und eine solche Entwicklung sei auch durch die Tatsache nicht gebremst worden, dass damals mit Yushchenko und Timoschenko Vertreter des in der Orangen Revolution obsiegenden prowestlichen Lagers an der Macht waren.

Der offizielle Begriff von Blockfreiheit lässt vieles offen.

Der amtierende Aussenminister, dem man vorwarf, Januschenko habe eine zick-zack-Politik vertreten, weil er und seine Partei der Regionen im Jahre 2003 noch ein Gesetz unterstützt habe, welches den Weg für einen NATO-Beitritt vorbereiten sollte, um dann, kaum an der Macht, per Gesetz den Status der Blockfreiheit zur aussenpolitischen Maxime zu erheben.

Dieser Vorwurf, der natürlich stimmt, gab dem Angegriffenen die Gelegenheit – in einer Art Synthese– beide Standpunkte miteinander zu verbinden und die folgende These aufzustellen:

Blockfreiheit und Teilnahme an NATO-Manövern sei kein Widerspruch genauso wenig wie ein möglicher EU-Beitritt oder ein intensives Sicherheits-Engagement in der ganzen Welt.

Kein Land kann einem anderen seine Erfahrung mit Blockfreiheit (Neutralität) vermarkten.

Aus der Perspektive der schweizerischen, vor allem aber aus derjenigen der finnischen Erfahrung mit Neutralität hat er gar nicht so Unrecht. Aber eben, es sind Erfahrungen aus anderen geschichtlichen Räumen, in denen die Demokratie eine lange Geschichte hat im Gegensatz zur Ukraine, die permanent auf der Hut sein muss, dass sie, sei es über die Gaspolitik oder über Mechanismen autoritärer Politikulturen, allzu sehr in den Einflussbereich von Russland gerät, ganz abgesehen davon, dass grosse Teile der Bevölkerung im Osten der Ukraine

mehr oder weniger russlandfreundlich und dem Westen gegenüber skeptisch sind.

In der Schweiz konnte die Neutralität nur deswegen zu einem Instrument der Bewahrung der Unabhängigkeit werden, weil deren Deutung und damit sie selber immer wieder von der ganzen Bevölkerung diskutiert werden konnte, - denken wir nur an die UNO-Abstimmungen oder an das Ringen um den EWR-Beitritt - und weil wir im Sinne der bewaffneten Neutralität uns eine einigermassen glaubwürdige Armee leisten.

Beides ist in der heutigen Ukraine nicht der Fall, weder eine vertiefte öffentliche Debatte über Neutralität noch eine moderne und glaubwürdige Armee. Leider aber gibt es neben einer schwachen Armee einen ca. 30 000 Angestellte umfassenden Geheimdienst, der nach dem Machtantritt von

Janukovitsch im Geiste des KGB, aus dem heraus er von ca. 20 Jahren entstanden ist, wieder durch Bespitzelungen von kritischen Journalisten negativ aufgefallen ist.

Sollten solche Machenschaften verstärkt werden, dann müsste man wohl - und zwar im Geiste von Helsinki - dahingehend wachsam bleiben, damit man sich durch eine dekretierte Blockfreiheit im ostslavischen Kulturraum und durch die eigene zum Teil mystifizierte Neutralitätsgeschichte nicht blenden lässt, denn die Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, dass hinter einer attraktiven Fassade von Blockfreiheit antidemokratische Subkulturen mit langer Tradition im postsowjetischen Einflussbereich Europas ihr Unwesen treiben.

Dr. phil. Hans Widmer
a.Nationalrat

SENZOR – VON DER SCHWEIZERISCHEN HELSINKI VEREINIGUNG UNTERSTÜTZTE JUGENDZEITSCHRIFT IN JAJCE/BIH

Die Schweizerische Helsinki Vereinigung hat bekanntlich Ende 2010 die Unterstützung der bosnischen Jugendzeitschrift SENZOR von der sich auflösenden Nichtregierungsorganisation Gemeinden Gemeinsam Schweiz (GGs) übernommen (vgl. unsern Rundbrief vom Dezember 2010).

Seither hat sich die Zeitschrift sehr positiv entwickelt. Nicht nur haben ihre jugendlichen Journalistinnen und Journalisten an unseren beiden Seminaren 2011 in Jajce/BiH und 2012 in Kappel am Albis teilgenommen; die Redaktion ist auch über die Bücher gegangen und hat nach intensiven Gesprächen auch mit uns ein **neues Konzept** entwickelt. Danach entsteht aus der bisherigen lokalen eine regionale Zeitschrift unter Einbezug von Zentral- und Südwest-Bosnien. Thematisch sollen vermehrt Berichte über Ereignisse in der Region und grundlegende Artikel zur Förderung des Demokratieverständnisses in der (jugendlichen) Bevölkerung erscheinen. Dank intensiven Bemühungen der Redaktion ist es gelungen, neben Jajce, wo sich der Sitz der Zeitschrift befindet, auch Kontakte in sieben Städten, davon drei in der Republika Srpska, zu knüpfen. Jugendliche aus diesen Städten liefern neuerdings einzelne Artikel. Zudem wird die Zeitschrift dort ausgeliefert. An der Erweiterung des Abonnentenkreises wird gearbeitet.

Die Redaktion ist sich natürlich auch der Risiken einer solchen Erweiterung bewusst. Dazu gehören eine politische Behinderung der, wie die Redaktion unterstreicht, „unabhängigen, politisch neutralen

und transparenten“ Zeitschrift ebenso wie der Mangel an den nötigen finanziellen Ressourcen.

Uns liegt daran, diese Bemühungen von SENZOR sowohl ideell als auch finanziell zu unterstützen. Bisher konnten wir dies indessen nur im Rahmen des bisherigen Engagements von GGs für die lokale Zeitschrift tun. Die erweiterte Redaktion und das grössere Verteilungsnetz benötigen mehr Mittel, die neue Abonnenten und der besser organisierte Strassenverkauf nicht wettmachen. Wir sind folglich gefordert, den Aufbruch der Jugendlichen zu neuen Zielsetzungen nicht zu enttäuschen und unser Engagement vorderhand eher noch zu erhöhen.

Wir werden in der **nächsten Ausgabe** des Rundbriefes vertieft auf die **Entwicklung** von SENZOR eingehen. Schon jetzt bitten wir jedoch unsere Leserinnen und Leser, **mit ihrer Spende auch SENZOR zu unterstützen**. Sie können dies gerne mit einem entsprechenden Vermerk „CHF für SENZOR“ tun. Auch im Namen des Vorstandes und der Redaktion von SENZOR in Jajce danke ich für Ihre sehr willkommene Hilfe.

Marianne von Grünigen

VORANZEIGE

Jahresveranstaltung 2013

Unsere nächste Jahresveranstaltung wird am Montag, 21. Januar 2013 in Bern, voraussichtlich in der Universität, stattfinden. Wir planen diese Veranstaltung gemeinsam mit dem EDA. Wie Sie wohl der Presse entnommen haben, wird die Schweiz 2014 zum zweiten Mal den Vorsitz der OSZE übernehmen und deshalb ab 1. Januar 2013 der OSZE-Troika, dem Führungsgremium der Organisation, beitreten. Das Besondere an diesem Vorsitz ist, dass die Schweiz dabei auch eine moderne Form der „guten Dienste“ leistet und eng mit Serbien zusammenarbeitet, das den Vorsitz 2015 führen wird. Die SHV, die nach zwei Seminaren mit Jugendlichen aus Serbien, 2007 in der Vojvodina und 2008 in Kappel am Albis, vor allem mit der

jungen Generation und einzelnen Helsinki Komitees in Serbien in Kontakt steht, möchte im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag an diese besondere Aufgabe der Schweiz leisten. Als Auftakt dazu ist die Jahresveranstaltung mit einem Thema zur heutigen Situation der OSZE aus schweizerischer Sicht, zu den Perspektiven für den speziellen Vorsitz und die möglichen Formen der Zusammenarbeit mit Serbien konzipiert.

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, diesen Termin bereits zu notieren, und werden Sie im kommenden Rundbrief näher über Programm, Inhalt und Teilnehmende informieren.

SPENDENAUFRAF

Unsere Aktivitäten im bald zu Ende gehenden Jahr haben unsere beschränkten Ressourcen stark belastet. Ohne die zuverlässige Grosszügigkeit unserer Freunde und Gönner sowie einer Stiftung hätten wir das Seminar mit den bosnischen Jugendlichen in der Schweiz nicht durchführen können. Wir möchten aber dieses erfolgreiche Modell der Jugendarbeit im folgenden Jahr weiterführen, allenfalls auch anderswo und mit neuen jungen Menschen. In verschiedenen Regionen Europas, die in den vergangenen Jahren von Kriegen und Krisen heimgesucht wurden, verdient die heranwachsende Generation unsere Unterstützung für ihr Verständnis des Zusammenspiels von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, um ihre Zukunft im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in ihrem eigenen Land mitzugestalten.

Wir danken Ihnen sehr herzlich für jeden finanziellen Beitrag für unsere Aktivitäten

Marianne von Grünigen

Schweizerische Helsinki-Vereinigung

Sekretariat: Netzwerk Müllerhaus

Bleicherain 7
CH-5600 Lenzburg
Email info@shv-ch.org

Telefon 062 888 01 75
Telefax 062 888 01 01
www.shv-ch.org

PC-Konto 80-60501-5

Projektkonto SENZOR:
HBL Lenzburg
CH74 08307000 2505 5730 4

Vorstand: Marianne von Grünigen
Präsidentin

Olivier Battaglia
Franziska Rich
Rolf Stücheli
Nicole von Jacobs

Fabian Hunold
Christian Sager
Daniel Thüner

Malcolm MacLaren
Hanspeter Spörri
Hans Martin Tschudi
Hans Widmer